

Pressemitteilung der Initiative Dessauer Ufer anlässlich der Koalitionsverhandlungen (02.06.2020)

Wir als Initiative Dessauer Ufer möchten uns zum Stellenwert des Lagerhaus G am Dessauer Ufer in den Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen äußern.

Wie der bisherige und zukünftige Kultursenator Brosda am 29.04. betonte, wurde in den Koalitionsverhandlungen eingehend über Erinnerungskultur in Hamburg und das Lagerhaus G diskutiert. Dabei wurde beschlossen, und im Koalitionsvertrag nun auch festgehalten, am Lagerhaus G sowie am Bullenhusener Damm und in der JVA Fuhlsbüttel neue Gedenkorte zu entwickeln.

Wir als Initiative Dessauer Ufer engagieren uns bereits seit zwei Jahren für ein Gedenken am Lagerhaus G, das von Juli 1944 bis April 1945 als Außenlager des KZ Neuengamme diente. Dort waren 1.500 als jüdisch verfolgte Frauen, 2.000 männliche KZ-Häftlinge sowie eine unbekannte Anzahl Kriegsgefangener inhaftiert. Die Geschichte des ehemaligen KZ-Außenlagers vermitteln wir in Rundgängen und Gedenkveranstaltungen vor Ort. Außerdem stehen wir in Kontakt mit Überlebenden und Verfolgtenverbänden wie der Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN). Wir betreiben seit zwei Jahren intensive Forschung zum Lagerhaus G und seiner Geschichte und können deshalb eine große Expertise zu diesem bisher vernachlässigten Ort nationalsozialistischer Verfolgung in Hamburg vorweisen.

Vor bereits einem Jahr haben wir Forderungen für eine zukünftige Nutzung des Lagerhaus G erhoben (<https://initiativedessauerufer.noblogs.org/nutzungskonzept/>) und diese an alle beteiligten Akteure, so auch die Kulturbehörde, versendet. Konkret fordern wir die Etablierung eines unabhängigen Lern- und Gedenkortes zur Zwangs- und Sklavenarbeit im Hamburger Hafen. Außerdem sehen unsere Forderungen vor, in dem 24.000m² großen Lagerhaus Flächen für die Bedarfe der anliegenden Stadtteile Veddel, Wilhelmsburg und Rothenburgsort sowie des neu entstehenden Stadtteils Grasbrook einzurichten. Um diese Stadtteilbedürfnisse zu ermitteln, stehen wir in regem Austausch mit Initiativen wie der Poliklinik, New Hamburg sowie den anderen Beteiligten der Veddel-Versammlung.

Wir hätten es deshalb angemessen gefunden, wenn die Kulturbehörde und die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien auf unsere Nutzungsforderungen eingegangen wären und den Kontakt mit uns gesucht hätten. Die Absichtserklärung, eine Gedenkstätte im Lagerhaus G zu etablieren, nehmen wir dementsprechend zwar erfreut wahr. Dass dies jedoch ohne den Austausch mit aus unserer Sicht hierfür relevanter Akteure erfolgt ist und zunächst sehr unkonkret bleibt, registrieren wir ebenso.

Auch der Gewinnerentwurf des Planungswettbewerbs für den neuen Stadtteil Grasbrook der Büros Herzog & de Meuron sowie Vogt Landschaftsarchitekten sieht eine Teilnutzung des Lagerhaus G als Gedenkort vor. Die konkrete Ausgestaltung ist jedoch nicht ausformuliert. Zudem erscheint uns die weitere Nutzung des Lagerhauses im Sinne der Kreativwirtschaft angesichts des Mangels an nutzbaren Flächen für die Bedarfe der angrenzenden Stadtteile als höchst fraglich.

Wir etablieren bereits Gedenken vor Ort und haben uns mit konkreten Vorstellungen und Forderungen an sämtliche Akteure gewendet, die Hamburg Port Authority, die HafenCity GmbH, die Kulturbehörde, wie auch die Büros des Wettbewerblichen Dialogs. Auf diese Forderungen und Kontaktversuche ist entweder gar nicht eingegangen worden oder es ist auf eine „Prüfung unseres Konzeptes“ verwiesen worden, auf die wir seit nunmehr über einem Jahr warten oder verbale Unterstützung geäußert worden, ohne dass das Ergreifen konkreter Maßnahmen möglich wäre. Allen ist angemessenes Gedenken am Lagerhaus G wichtig, nur Maßnahmen hierfür ergreifen möchte bislang niemand.

Wir erinnern uns an das skandalöse Versagen der Stadt Hamburg, ihren Versprechungen hinsichtlich eines angemessenen Gedenkortes am Stadthaus nachzukommen und bewerten die öffentlichen Zusagen auch unter diesem Aspekt. Die Vermutung liegt nahe, dass das Lager-

haus G und die JVA Fuhlsbüttel auch deshalb Thema der Koalitionsverhandlungen sind. Das Lagerhaus G muss eigenständiges Thema werden und darf nicht zum Versuch werden, das Versagen des rot-grünen Senats am Stadthaus kompensieren.

Wenn die Stadt Hamburg und der Senat es ernst meinen mit der Etablierung eines Gedenkortes am Lagerhaus G, darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, sondern bedarf einer Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort. Wir haben uns bereits umfassend mit dem Ort auseinandergesetzt und eine klare Perspektive formuliert. Es wäre wünschenswert, wenn die Stadt Hamburg zukünftig zivilgesellschaftliche Akteure wie uns miteinbeziehen würde und sich zumindest zu unseren Anliegen und Kontaktaufnahmen äußern würde.

Initiative Dessauer Ufer im Juni 2020